

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattpreis

Einzelhefte: 10 Pf. — Sonntagshefte: 15 Pf. —
Abonnementspreise: 1. Vierteljahr 3.00, 2. Halbjahr 5.50, 1. Jahr 10.00.
Postzusatz: 1. Vierteljahr 0.50, 2. Halbjahr 1.00, 1. Jahr 1.80.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Herausg.

„Tagblatt“ Nr. 4040-52.

Don 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postzusatz: 1. Vierteljahr 0.50, 2. Halbjahr 1.00, 1. Jahr 1.80.

Kontingente: Vom Verlag bezogen: 10.00, durch die Abnehmer bezogen: 10.00, durch die Leser des Hausbezugs: 10.00, monatlich. — Bezugsbedingungen: Der Verlag, die Abnehmer, die Leser und alle Verhältnisse. — In Fällen höherer Gewalt, wie Streiks, haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung der Blätter oder Ersatzung des entfallenden Bezugs. —



Kontingente: Durch die Abnehmer bezogen: 10.00, durch die Leser des Hausbezugs: 10.00, monatlich. — Bezugsbedingungen: Der Verlag, die Abnehmer, die Leser und alle Verhältnisse. — In Fällen höherer Gewalt, wie Streiks, haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung der Blätter oder Ersatzung des entfallenden Bezugs. —

Verleger: Langgasse 21, Wiesbaden. Druck: Langgasse 21, Wiesbaden. Vertrieb: Langgasse 21, Wiesbaden.

Samstag, 3. Juni 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 257. • 70. Jahrgang.

Volkshochschule und Hochschule.

Von Stud. rer. pol. et Jur. Wilhelm Greuling (Wiesbaden).

Daß eine Sozialisierung der Bildungsgüter notwendig ist, wird heute niemand mehr bestreiten wollen, und so ist es denn auch eine Selbstverständlichkeit, daß die wichtigsten Einrichtungen zur Förderung höherer Geistesbildung, die Hochschulen, in ein neues Verhältnis zur Volkshochschulbewegung unserer Tage und speziell zu deren wichtigsten Trieb, zur Volkshochschule, gesetzt werden müssen. Mancherlei Pläne schwirren nun da durch die Luft: Viele wünschen eine möglichst enge Verknüpfung der Volkshochschule an die Hochschulen, wollen aber wenigstens die organisatorische Trennung. Andere wünschen eine organisatorische und geistige Trennung beider Institutionen und erhoffen sich von der Volkshochschule eine indirekte Reform der Hochschule und sehen die neue Hochschulgemeinschaft, den neuen Geist, die Erneuerung der Wissenschaft auf dem Boden der Volkshochschule erwachsen.

Um das Wahre und Falsche in diesen verschiedenen Meinungen über das Verhältnis von Hochschule und Volkshochschule zu erkennen, ist es notwendig, sich einmal klar zu werden über den Sinn und letzten Zweck von Hochschule und Volkshochschule. Die vornehmste Aufgabe der Hochschule ist eine doppelte: Förderung und Ausbildung der Wissenschaft und Erziehung der für die Erhaltung und Fortbildung der menschlichen Gesellschaft notwendigen, hochwertigen Arbeiter in den wichtigsten Berufen im Geiste der Wissenschaft. Die Volkshochschule wird dagegen jedem Menschen, der ernsthaft danach strebt, die Möglichkeit zur Bildung verschaffen. Während also die Hochschule sich an die intellektuelle Seite des Menschen (in der wissenschaftlichen Ausbildung) sowie an die Menschen als Träger eines bestimmten Berufes (in der Berufsausbildung) wendet, ist die Volkshochschule in ihrem Erziehungs- und Bildungsziel frei von jeder Einseitigkeit der Einstellung, sucht sie den ganzen Menschen als wachsendes, formendes und schauendes Wesen zu erfassen. Daraus fließt dann die Folgerung, daß die Volkshochschule nicht so sehr Wissenschaft als Weisheit, nicht so sehr Wissen als Anregung zur Verarbeitung des Wissens geben soll und will.

Mit anderen Worten: der Idee nach sind Volkshochschule und Hochschule geschieden. Die letztere ist abhängig von der Idee der Wissenschaft, die erstere von der Idee der Bildung. Und nicht nur in der Idee, auch im Zweck sind die beiden Anstalten verschieden. Die Hochschule erzieht die qualifizierten Funktionäre der Gesellschaft und des Staates und bringt die angehenden Gelehrten als Diener der Wissenschaft zur Erkenntnis ihrer Aufgabe. Die Volkshochschule dagegen wendet sich an den ganzen Menschen ohne Unterschied der äußeren und inneren Absichten und Anlagen.

Aus diesem tiefgreifenden Unterschiede der beiden Anstalten, ihrer Idee und ihrem Zweck nach, folgt nun ohne weiteres, daß eine einfache Übertragung der Methoden von der einen auf die andere grundfalsch wäre, da die Mittel den Zwecken angepaßt sein müssen. Besteht nun überhaupt kein Verhältnis von Hochschule zur Volkshochschule? Im Gegenteil! Einmal werden wertvolle Ziele der künftigen Volkshochschulbewegung aus den Kreisen der Hochschuldozenten kommen; in jedem Falle wird der überwiegende Teil mindestens der künftigen Volkshochschullehrer aus Akademikern bestehen. Eine indirekte Verbindung der beiden Anstalten wird also sicher bestehen. Aber auch in einer anderen Weise können die Hochschulen mächtige Förderer der Volkshochschulbewegung werden. Wenn sie einmal die Studenten im Sinne sozialer Verpflichtung zur Mitteilnahme an der Volkshochschulbewegung erziehen, wenn sie ferner, durch Einrichtung entsprechender Vorlesungen, Seminare und Praktika, in die Theorie und Praxis intensiver Volkshochschularbeit einführen, wenn sie endlich in der Masse der Gebildeten, durch immer erneuten Hinweis, das Gefühl von der Notwendigkeit, Nützlichkeit und „Recht“ echter Volkshochschularbeit erwecken, pflegen und stärken. Dies Gefühl sozialer Verpflichtung gegenüber dem in mechanisierter Tagesarbeit leidend und geistig verarmenden Mitbürger muß den Gebildeten, den Akademikern, den Studenten so selbstverständlich werden, daß jeder einermassen dazu Befähigte für kürzere oder längere Zeit sich dem Dienst an der Volkshochschulbewegung widmet. Wer an die Gleichgültigkeit sehr vieler Kreise der Akademiker und besonders der Studenten gegen soziale Verpflichtungen aller Art denkt, wie sie heute noch üblich ist, der weiß, daß hier der Hochschule eine Erziehungsaufgabe für Jahre und Jahrzehnte wartet, die, einmal geleistet, ein edler Beitrag der Hochschulen für die Sache der Volkshochschulbewegung sein wird. Hier, wie überall, heißt es heute: es kommt nicht auf die organisatorischen Maßnahmen,

es kommt einzig darauf an, daß sich Menschen mit richtiger Einsicht und dem entschiedenen Willen zur Tat finden. Welche Bedenken gegen eine organisatorische Zusammenkoppelung von Hochschule und Volkshochschule bestehen, hoffe ich durch die Vorlegung der verschiedenen Ziel: beider Anstalten dargelegt zu haben. Trotzdem bestehen enge Zusammenhänge — ich möchte sagen: im Menschlichen.

Gedanken, Ideen, Worte gibt es heute genug: es gilt eine Generation zu bilden, über der das Ideal „Verwirklichung“ leuchtet!

Ein Weisbuch über Genua.

Br. Berlin, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichsminister des Äußeren, Dr. Rathenau, hat dem Reichstag ein Weisbuch über die Konferenz von Genua zugehen lassen.

Bratiano über Genua.

W. T. B. Bukarest, 2. Juni. In der gestrigen Kabinettsitzung erhaltene Ministerpräsident Bratiano Bericht über die Genuaer Konferenz und wies auf die Aufrechterhaltung und Festhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu den großen Mächten hin. Die kleine Entente habe die Rechte Rumäniens auf Beharabien und auf Rückgewinnung des in Moskau befindlichen rumänischen Staatschates anerkannt.

Anlaß der Vermählung der Prinzessin Marie beabsichtigt das Kabinett eine Amnestie für politische Vergehen zu erlassen. Nach dem „Matte Wespert“ sollen auch zahlreiche verurteilte Kommunisten der Amnestie teilhaftig werden.

Die Begegnung zwischen Lloyd George und Poincaré.

W. T. B. Paris, 2. Juni. Der „Petit Parisien“ schreibt zu wissen, daß die Begegnung zwischen Lloyd George und Poincaré am 19. Juni in Chequers stattfinden und Lloyd George in deren Verlauf Poincaré zu Ehren ein Diner geben werde.

Ein alliierter Schritt in Washington.

D. Washington, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Auf die offizielle Erklärung des Außenministers hin, daß die Realisierung der Vereinigten Staaten die Einladung zur Haager Konferenz nicht annehmen, erhoben die alliierten Botschafter im Staatsdepartement Vorstellungen. Sie schickten vor, die amerikanische Regierung möchte dann wenigstens Delegierte entsenden in solche Kommissionen der Konferenz, die sich lediglich mit den wirtschaftlichen Fragen beschäftigen.

Eine Kommission für die französischen Schulden an Amerika.

D. Washington, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das amerikanische Schatzamt hat die französische Regierung eingeladen eine Kommission zur Berechnung der Frage der französischen Schulden an Amerika nach Washington zu schicken. Die französische Regierung hat geantwortet, daß sie geneigt sei, dem Wunsch zu entsprechen.

Tagung der internationalen Völkerverbündung in Prag.

D. Prag, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Am Samstag tagt der Kongreß der internationalen Völkerverbündung in Prag. Auch Deutschland und Rußland, ebenso der Völkerverbund werden vertreten sein. Die Teilnehmer werden von dem Präsidenten Masaryk empfangen.

Poincaré in Mex.

D. Paris, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Am nächsten Samstag reist Poincaré nach Mex., um der Feststellung eines Denkmals für den französischen Soldaten Beile zu bewilligen. Vorher wird er der Stadt Mexiko eine Medaille überreichen. Bei dieser Gelegenheit wird Poincaré wahrscheinlich Reden halten.

Eine radikale Tagesordnung in der französischen Kammer.

W. T. B. Paris, 1. Juni. Im Namen der radikalen und radikal-sozialistischen Gruppe der Kammer hat der Abgeordnete Renard eine Tagesordnung als Konklusion der Debatte über die Ruhepolitik eingebracht, die sich dahin ausdrückt: Frankreich möge eine aufrichtige Politik des Einvernehmens mit seinen Alliierten betreiben und sich an der Konferenz im Haag beteiligen. In der Tagesordnung wird in keiner Weise das Vertrauen zu der Regierung erwähnt.

Erklärung über die Regelung des Reparationsproblems.

Br. Nürnberg, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Auf dem Delegiertenkongreß des Allgemeinen Eisenbahnenverbandes hielt Reichstagsabgeordneter Erlenz einen öffentlichen Vortrag. Er bezeichnete u. a. das Behalten der Reparationskommission, die sich nur als eine „übernationale“ Macht fühle, als eine Entwürdigung der politischen Lage und verlangte die Beileitigung des Wiederherstellungsausschusses als eines der wichtigsten politischen Erfordernisse der Gegenwart. Bei den Verhandlungen in Paris könne man entweder zu einer endgültigen Regelung oder aber, wenn die Welt selbst noch nicht reif sei, zu einer vorläufigen Regelung durch Verabreichung der Reparationsverpflichtungen für vier Jahre, Aufnahme einer Anleihe, Stabilisierung des Marktwertes und völlige Deduktion des Reichsschatzes. Auf jeden Fall würde Deutschland seine Bereitwilligkeit zu allen vernünftigen Maßnahmen bekunden. Der Redner bezeichnete zum Schluß Genua als einen sehr wichtigen Meilenstein auf dem Wege zur europäischen Geländung, der den Reizprozeß beilegen und in der europäischen Geschichte eine große Bedeutung behalten werde.

Die kurze Unterbrechung der Anleiheverhandlungen.

Br. Berlin, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Morgenausdruck hat nach der „B. Z.“ keine Anleiheverhandlungen wegen der bevorstehenden Pfingstfeiertage auf eine Woche unterbrochen. Die Darstellung der französischen Forderungen, die mit dem Fortgang der Anleiheverhandlungen durchaus unzufrieden ist und daher behauptet, daß es überhaupt zu keiner Anleihe kommen werde, ist nach den Pariser Informationen der „B. Z.“ nicht richtig und bezweckt nur, einen Druck auf die Bankiers auszuüben; die Wahrheit sei die, daß augenblicklich ein Nummer, aber sicher Kampf zwischen den Bankiers und Frankreich geführt wird. Die Bankiers wünschen, das Geld nicht lediglich unter französischen Gesichtspunkten aufzubringen. Der Grund ihrer Anleihebereitschaft ist vielmehr der, daß in Europa der Gesamtzustand der Schulden durch die Anleihe gebessert werden soll. Soweit Deutschland in Frage komme, seien sie sich nach der Note vom 28. Mai bereits einig, die deutsche Reparationsanleihe zu begeben, aber sie müßten nur von Frankreich gewisse Zugeständnisse haben. Viele Zugeständnisse scheinen unerlässlich abhängig von der endgültigen Festlegung einer wesentlichen herabgesetzten Schuldensumme Deutschlands, also von der Aufhebung des Londoner Ultimatums und von der Sicherung, das deutsche und europäische Wirtschaftsleben gegen die Sanktionen zu schützen. Diese Forderungen seien rein wirtschaftlicher Natur, und Frankreich habe Unrecht, sie als politische Übergriffe zu bezeichnen. Es sei Frankreich, das seine Politik nicht durch wirtschaftliche Vernunft behindern lassen will und dennoch das Geld erhalten möchte. Die Bankiers bleiben aber fest. Als bald nach der Beilegung der politischen Reparationsfrage seien sie mit ihren Forderungen hervorgetreten und seien entschlossen, sie durchzusetzen. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Verhandlungen in mehrere Wochen und Unterbrechungen zerfallen. Die Franzosen wissen das und wollen ihrerseits das Scheitern des Verhandlungsabbruchs an die Wand, so auch wegen der ganz harmlosen Winalstaufe. Die Verhandlungen würden bestimmt am Donnerstag nach Brüssel in der normalen Weise wieder aufgenommen werden.

D. Paris, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps“ polemisierte gestern Abend gegen die Auffassung, die sich in den Kreisen der internationalen Bankierkonferenz breit macht, nämlich, daß eine Herabsetzung der deutschen Reparationsanleihe die Voraussetzung für die Gewährung einer Reparationsanleihe sei. Das Schweregewicht ist, daß diese Auffassung, wie berichtet werden kann, die einzige Morgens sei. Die Auffassung, daß sich mit derartigen des Gouverneurs der Bank von England, wie sie im letzten Herbst der deutschen Regierung gegenüber vertreten wurde und Anlaß zum deutschen Stundungsgebot gegeben hat. Der „Temps“ kommt zu dem Schluß, daß eine solche Herabsetzung der deutschen Reparationsanleihe nur möglich ist durch Abstriche an den Reparationsforderungen der einzelnen Ententeleistungen. Da die französische Reparationsforderung die größte sei, so müßte Frankreich, das heißt das am meisten verwundete Land, am meisten einbüßen. Mit anderen Worten, eine Auslandsanleihe für die deutschen Reparationszahlungen sei ausgeschlossen und andere Möglichkeiten gebe es nicht, wie dies aus den Erklärungen Lloyd Georges in der gestrigen Unterhausrede hervorgehe. Lloyd George habe im Grunde genommen gesagt, daß England weder seine Forderungen gegenüber den Ententeleistungen, noch seine Forderungen gegenüber Deutschland aufgeben werde, so lange Amerika nicht seinerseits seine Forderungen an England aufgeben habe. Bekanntlich ist auch Amerika nicht bereit, auf seine Forderungen gegenüber England zu verzichten. Infolgedessen sei es auch ausgeschlossen, die deutschen Reparationsanleihe herabzusetzen, wie es Lloyd George im letzten Jahre gegenüber Poincaré angedeutet habe. Damals habe Lloyd George versprochen, daß alle Kriegsschulden zwischen den Verbündeten aufgerechnet werden.

Reichswirtschaftsminister Schmidt zur Anleihefrage.

Br. Dresden, 2. Juni. Bei der Eröffnung der Jahreschau deutscher Arbeit hielt Reichswirtschaftsminister Schmidt eine Rede, in der er u. a. erklärte:

Vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft ist es sehr wichtig, daß wir über den 31. Mai hinwegkommen sind. Ich sehe unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht für so unglücklich an, daß wir nicht einen gewissen Betrag übernehmen könnten, aber die uns in Cannes auferlegten Verpflichtungen können auf die Dauer nicht erfüllt werden. Deshalb werden auch die Kapitalisten in ihrem Angebot nicht so weit gehen können und den Kredit den sie uns aberschließen, nach unserer Leistungsfähigkeit bemessen. Es wäre uns gefallen, wenn wir zunächst für einige Jahre eine Anleihe erhalten. Eine endgültige Regelung bringt die eine große Gefahr mit sich, daß uns größere Verpflichtungen auferlegt werden, als wir auf die Dauer erfüllen können. Wir müssen vor allem einmal für einige Jahre Bewegungsfreiheit erhalten. Ich nehme an, daß ein plötzlicher Aufbruch der deutschen Marktwirtschaft würde große Gefahren und Erschütterungen mit sich bringen. Sie würde aber auch eine rasche Beilegung aller Lebensmittel in sich schließen und auf die Dauer werden wir um eine solche Krise nicht herumkommen können. Der Zustand der Dauernden folgenden Mark ist jedoch unhaltbar. Wir gehen mit dem Gedanken um, die Einfuhr von Lebensmitteln vollständig aufzuheben, die Ausfuhr können wir nicht ganz freisetzen. Da wir viele Mittel haben, die wir dem Inland erhalten müssen und nicht abgeben können, da wir an ihnen selbst Mangel leiden.

Sehr traurig steht es mit unserer Kohlenversorgung. Wir müssen sehr viel englische Kohlen einführen um überhaupt arbeiten zu können. Zurzeit sind Verhandlungen mit den Verwaltern im Gange über die Leistung von Überschüssen. Zahlreiche Abwende sind in der letzten Zeit aus den Grubenbezirken abgewandert, da sie anderwärts besser bezahlte Arbeit finden. So aus dem Ruhrgebiet allein 500 Bergleute. Wir müssen, wohl aber über die Löhne heraufheben und die Kohle wird dann eine Preiserhöhung der Industrie die schweren Bedenken Erhöhung der Industrie die schweren Bedenken.

Austausch der Ratifikationsurkunden über Oberschlesien.

Br. Berlin, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir von ausländischer Stelle erfahren, ist vorzulesen, daß am Samstag in Doppel in zwischen dem deutschen Reichsmachtigen Staatsrat und dem polnischen Vizepräsidenten Sarda der Austausch der Ratifikationsurkunden über das ober-schlesische deutsch-polnische Wirtschaftsverkommen stattfindet. Nach dem vollständigen Austausch wird die internationalisierte Kommission den deutschen und polnischen Vertretern die Grenzabteilung betrautgeben, was natürlich nur eine formelle Handlung bedeutet. Hier werden nach der Ratifikation des Urkundenaustausches und der Befestigung der Grenzlinien soll alsdann die Räumung beendet sein.

Br. Berlin, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Zu der gestrigen Meldung über Polnars Kammerrede, daß die von den Sondergerichten der internationalisierten Kommission in Doppel in zwischen dem deutschen Reichsmachtigen Staatsrat und dem polnischen Vizepräsidenten Sarda der Austausch der Ratifikationsurkunden über das ober-schlesische deutsch-polnische Wirtschaftsverkommen stattfindet. Nach dem vollständigen Austausch wird die internationalisierte Kommission den deutschen und polnischen Vertretern die Grenzabteilung betrautgeben, was natürlich nur eine formelle Handlung bedeutet. Hier werden nach der Ratifikation des Urkundenaustausches und der Befestigung der Grenzlinien soll alsdann die Räumung beendet sein.

Zurückziehung der alliierten Truppen aus Oberschlesien. D. Paris, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps“ kündigt an, daß nunmehr die alliierten Truppen aus Oberschlesien innerhalb der nächsten Wochen zurückgezogen würden. Die Kosten der Befehlshabersarmee sowie die Ausgaben der internationalisierten Kommission werden aus den lokalen Einnahmequellen bestritten werden.

Der ober-schlesische Hilfsbund.

W.T.B. Berlin, 2. Juni. Vor einer großen Zahl von Vertretern der Presse hielt der Oberpräsident für Oberschlesien Dr. Bittu einen Vortrag über die künftige Entwicklung des ober-schlesischen Hilfsbundes. Dem Vorstand des Hilfsbundes gehören außer den beiden Oberpräsidenten Bittu und Bölling sowie dem Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Esola u. a. noch Graf Reventlow, Braumüller, v. Voß, Dr. Reichenheim, Dr. Wagner und v. Wendelsbohn (als Schlichter) an. Dem Vorstand steht ein aus den ersten schlesischen und ober-schlesischen Sachverständigen gebildeter Beirat zur Seite. Es bildete sich ein Ehrenausguss, dessen Ehrenvorsitz der Reichspräsident übernommen hat, und dem außer Führern der Parteien, Gewerkschaften und der Selbstorganisationen von Handel und Industrie sowie der Finanz- und Landwirtschaft aus dem ganzen Reich u. a. auch der Reichstagspräsident, mehrere Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten und Oberbürgermeister, die Präsidenten des Reichstags und des preussischen Landtags, hervorragende Künstler und Gelehrte sowie neben dem Beirat der Reichsregierung die Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse und des Vereins der Berliner Presse angehören.

Der ober-schlesische Hilfsbund hat die Aufgabe, die Aufrechterhaltung, Förderung und Stärkung aller deutschen kulturellen Bestrebungen in Oberschlesien, insbesondere aber des Schutzes des deutsch-polnischen Teiles von Oberschlesien gegen die Gefahren der atomistischen von Osten herandrängenden Propaganda. Der Oberpräsident bezeichnete die sofortige Einleitung einer großen finanziellen Hilfsaktion ganz Deutschlands als unerlässlich, falls nicht wieder unüberwindliche deutsche Wirtschaft- und Kulturwerte endgültig verloren sein sollten.

Stimmunt über Polens Verhältnis zu Deutschland.

D. Warshaw, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der polnische Außenminister Stimmunt gab Pressevertretern Erklärungen ab über die Konferenz von Genua. Hierbei äußerte sich Stimmunt mit einem gemäßigten Optimismus über die Konferenz im allgemeinen und Polens Stellung dort im besonderen. Von besonderem Interesse ist, wie er dabei die deutsch-polnischen Beziehungen in Genua als eine befriedigende Fühlungnahme äußerte.

Schiffbruch.

Arman von Margarete Schlichter

V.

Über Nacht war Frost gewesen. Der Nebel war von einem tüchtigen Nordost fortgeblasen und eine kalte, klare Sonne spiegelte sich in den kleinen Eispfützen, die sich zwischen den Pflastersteinen des Bollwerks gebildet hatten.

Im Hause Brandes herrschte eine ausgezeichnete Stimmung, das heißt bei Eduard Brandes selbst. Er war spät aufgestanden und sah nun frisch rasiert und mit einem sauberen Vorhemd am Kaffeetisch und las die Zeitung. Ab und zu piffte er sich eins. Zwar falsch, aber von Herzen.

Luis hantierte in der Küche, während Heta das Schlafzimmer aufräumen mußte. Sie tat es mauelnd, aber ihre Mutter wollte sich heute am Sonntag nicht ärgern und überließ die beleidigt vorgeschobene Unterlippe des Fräulein Tochter. Die beiden Kleinen spielten im Wohnzimmer und Karl trieb sich draußen herum.

Aber ihren Mann hatte sich Frau Brandes heute schon im stillen gewundert. Er hatte irgend etwas Besonderes und wartete bloß darauf, daß er gefragt wurde. Aber den Gefallen tat sie ihm nun nicht. „Bei sich behalten konnte er seine Neugierde doch nicht, sie erfuhr sie noch beizellen. Ob er Geld verdient hatte? Er tat so großspurig heute.“

Da trat Brandes über die Küchenschwelle. Er setzte ein leuchtendes Gesicht auf, etwa wie ein Landesherr, der seine Untertanen begrüßt. „Na Wifing“, sagte er jovial, „was gibt es denn zu essen?“

„Schmorfleisch“, erwiderte sie, „der Schlächter hat noch mal geborgt, also denk nur nicht, daß du es dir ohne Gewissensbisse schmecken lassen kannst.“

„Du kannst den Mann nachher bezahlen“, sagte Brandes mit Würde. „Wieviel sind wir ihm schuldig?“

daß der Konferenz hinstellte, die aber gesagt habe, daß Grundlagen für politische und wirtschaftliche Verhandlungen vorhanden wären. Auf der anderen Seite aber unterließ Ertmann die engen Beziehungen zu Frankreich und zur Kleinen Entente.

Die deutsche Handelsbilanz.

Br. Berlin, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Handelsbilanz in der Zeit von Mai 21 bis April 22 schließt mit einem Einfuhrüberschuß von 14,8 Milliarden den Markt bei einer Einfuhr von 154,9 Milliarden, einer Ausfuhr von 140,1 Milliarden. Diese passiv Handelsbilanz erklärt zum größten Teil den schlechten Stand unserer Balance. Besonders bedenklich ist, daß im April 22 der Einfuhrüberschuß gegenüber dem März 22 wiederum gestiegen ist, und daß dieses Steigen darauf zurückzuführen ist, daß die Lebensmittelfuhr augenommen hat, die Ausfuhr an Textilfabrikaten aber abgenommen hat.

Außerkräftigung des deutsch-spanischen Abkommens über die Marktwertung.

W.T.B. Berlin, 1. Juni. Am 20. Februar hat die deutsche Regierung mit der spanischen Regierung ein Abkommen getroffen, das eine gewisse stabilere Bewertung der Marktwertung gegenüber dem Vio festsetzte. Wie die Blätter melden, wurde das Abkommen jetzt von der spanischen Regierung ganz überraschend außer Kraft gesetzt. So daß weiter die rein börsenmäßige Bewertung der Marktwertung in Spanien ist, was für die deutschen Handelsbeziehungen mit Spanien von verhängnisvoller Bedeutung ist. Der deutsche Botschafter in Madrid hat bei der spanischen Regierung Protestation erhoben.

Ukrainische Forderungen an Deutschland.

Br. Berlin, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das „Deutsche Abendblatt“ meldet: Der Präsident der ukrainischen Sowjetrepublik Katowski ist heute in Berlin angekommen. In den nächsten Tagen werden die Verhandlungen über die Auslösung des Kaspisvertrages auf die Sowjetunion eingeleitet. Es haben in dieser Angelegenheit in der letzten Zeit bereits unüberhörliche Vorbereitungen stattgefunden. Bei diesen Vorbereitungen stand die 400 Goldmillionen der Heilmann-Regierung im Vordergrund, was tatsächlich eine Durchbrechung des 8. des Kaspisvertrages bedeutete. Da die 400 Goldmillionen erheblich höhere Gegenleistungen gegenüberstehen. Und es ist in der Tat gerade der Sinn des 8. Grundmäßig alle bestehenden Forderungen von beiden Seiten zu annullieren.

Von anderer Seite werden uns diese Mittellungen des Blattes im allgemeinen bestätigt.

Deutsche Industrievertreter in Moskau.

Br. Berlin, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Eine Anzahl deutscher Industrievertreter aus Hamburg, Berlin, Rheinland und Westfalen sowie Sachverständigen in Moskau angekommen. Sie wollen die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands studieren. Die Regierung hat ihnen Beamte zur Verfügung gestellt.

Eröffnung der internationalen parlamentarischen Handelskonferenz.

D. Paris, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Gestern ist in Paris die 8. internationale parlamentarische Handelskonferenz eröffnet worden. Die Konferenz besteht aus den Delegierten der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern. Es sind im ganzen 23 Länder vertreten. Die ehemaligen Zentralmächte nehmen aber nicht daran teil. Am ersten Tag hat sich die Konferenz mit der Dringlichkeit und mit der Vereinfachung des Handelsverkehrs befaßt, wobei der Italiener Lasatti und der Franzose Sabelle Berichte einbrachten.

Die irisch-englischen Verhandlungen.

W.T.B. London, 31. Mai. (Drahtbericht.) Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, die Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und den Sinnfeinern seien leider auf dem toten Punkt angekommen. Churchill werde in seiner Erklärung im Unterhaus ein Bild der Lage geben und auf den Ernst der Lage hinweisen. Die britische Regierung könne sich auf den Vertrag der Führer des irischen Freiheitskampfes beauflegen, der Vertrag sei durch ihren Koalitionsvertrag nicht verletzt worden. Am London, 1. Juni. Der „Times“ wird aus Dublin gemeldet, daß die Einfuhr von den Dail Eireann, die auch auf Freitag festgesetzt war, wegen der Anwesenheit von Griffith und anderer irischer Führer auf den 8. Juni verlagert worden ist.

„42 Mark und 60 Pfennig, sagte Luise automatisch und sah in unbegrenztem Erstaunen auf ihren Mann, der mit großartiger Gebärde seine abgeschabte Brieftasche hervorholte und mit gemachter Gleichgültigkeit zwischen mehreren Kassenscheinen einen Hundertmarkschein hervorholte und ihn seiner Frau überreichte.

„Nanu“, sagte Frau Brandes, „soviel Geld auf einmal? Wo hast du das denn her?“

„Verdient, mein Kind, an einer Ladung Heringe verdient, und zwar durch meinen lieben Freund Mändebrot.“

Frau Brandes hüte sich, eine Bemerkung über den „lieben Freund“ zu machen. Sie kannte ihren Mann. Wenn er Geld besaß, hatte er immer Oberwasser und konnte leicht sehr unangenehm werden. Matt war er bloß, wenn er nichts hatte. So meinte sie nur freundlich, „das ist ja man schön“ und legte das Geld in das Küchenspend unter einen Taschentuch.

Aber Herr Brandes schien den Born seiner Großartigkeit noch nicht erschöpft zu haben. In pompöser Haltung blieb er in der Küche stehen und indem er sich eine Zigarre anzündete, sagte er: „Ich hätte — ph — noch mehr erfreulich — ph — Nachrichten — ph — Luise. Aber die erzähle ich erst heute“ nachmittags, wenn Gefine da ist. Jetzt werd' ich mit den Kindern ein hübschen spazieren gehen. Wir bringen dann Kuchen zum Kaffee mit.“

Frau Brandes machte die Kleinen fertig, die in den abgelegten Matrosenkleidern der Better Dietrichschen Kinder sehr niedlich ausfielen. Heta wollte auch mit. Doch der Vater entschied, daß sie zu Hause bleiben und der Mutter helfen sollte. Heute, da er sich als Millionär fühlte, schien ihm Hetas abgeschabter Wintermantel wenig repräsentabel, und er fühlte sich deshalb belächelt, erzielte die Qualitäten zu erhalten. Aber seine Tochter durchschaute ihren Vater recht wohl.

„Wenn ich man einen grünen Tuchmantel hätte“, sagte sie pöhl, „so wie Mathiesens, mit edlem Pelzbesatz, dann würdest mich schon mitnehmen.“

Luis konnte ihr innerlich nicht Unrecht geben, doch

Die Wahlen zu den Elternbeiräten in Berlin.

Von einem politisch linksstehenden Schulmann wird uns geschrieben:

Der Ausfall der Berliner Wahlen zu den Elternbeiräten, woran nun die Wahlen an anderen Orten folgen werden, hat mehr als lokale und aktuelle Bedeutung. Was sich hinter die Liste der „unpolitischen“ Kandidaten stellt, war sicherlich nicht alles antiautoritär orientiert. Die politische Rechte aber hat trotzdem oder vielleicht gerade deswegen ihre ungemischte Freude an vielen Wählern. Denn in Wagners „unpolitischen“ Kandidaten nicht alle, die für die „christliche“ Mitte sich einsetzten. Nicht nur, daß man hoffen kann, die meisten Kandidaten noch einmal durch die Wahlen zu gewinnen, die man bei einer so wichtigen Sache, wie es die Schulfragen sind, von der sozialdemokratischen „Einheitsfront“ loslöste. Der Sozialismus hat als solcher ein Amtswort auszusprechen bekommen, an dem er nicht leicht zu rütteln haben wird. Er war sonst immer so stolz gerade auf sein Kultur- und Erziehungsprogramm. Nun hat dieses ein weitestgehendes Werkstück auf die Gemüter ausstrahlt als das kirchliche. Das hatte sich Hansi schwerlich träumen lassen, als er seine Elternbeiräte herausgab, von denen er sich im Gegenteil der schwungvollen Durchbruch durch die Front der Schulreaktion versprach. Die Sozialdemokratie würde einen schweren Fehler begehen, wenn sie diese neue Gelegenheit zur Selbstreinigung und Bewusstseinsreinigung vernachlässigte. Sie muß sich der Wagnis eingestellen, an dem sie krank und ohne dessen Behebung sie sich auch für die Zukunft keine fruchtbare schulpolitische Wirksamkeit versprechen darf. Es ist der Wagnis an führenden pädagogischen Köpfen in ihren Reihen und — als natürliche Folge davon — der Wagnis eines tiefer durchdrachten klaren Schulprogramms. Zunächst würde die politische Rolle verlorengelassen, die man einer überlieferten kapitalen Erziehungsmacht wie Adolf Hofmann spielen ließ. Es offenbarte sich darin der ganze Mangel an Verantwortungsbewusstsein, der die kapitalen Arbeiterfront auf dem Gebiete ethischer und pädagogischer Fragen kennzeichnet; jene Teile der Arbeiterfront, denen die hervorragende Sozialisten selbst flagten, die ganze Revolution nur eine „Lohnbewegung“ groben Stiles war. Was Adolf Hofmann als Stier im Borstellenden zertrümmerte, konnten auch belonnene Männer wie Hansi und Heinrich Schulz nicht wieder auf machen. Dazu wären selbst härtere Verantwortlichkeiten taum in der Lage gewesen. Schulz und Hansi aber sind, wenn auch verlässliche Männer, so doch sicherlich keine führenden Pädagogen.

Die Verhandlungen zum § 146 der Reichsverfassung in der Nationalversammlung hätten sonst doch wohl einen anderen Verlauf genommen und einen durchgreifenden Schulreformplan hat weder Schulz für das Reich, noch Hansi für Preußen mitgebracht. Der eine kannte ja auch das Schulwesen nur losgelassen von außen her, der andere nur die Volksschule, und auch sie nicht eben aus langjähriger Praxis. Das soll nur eine nüchterne Feststellung des Tatschandes sein, über den sich die Rechtspolitiker rücksichtslos Schadensfreude hingeben, während ihn der Linkspolitiker im Interesse der Sache und schließlich selbst die Sozialdemokratie beklagen muß. An Fachkenntnis und Erfahrung überlegen konnten Geheimrat, Professoren und Oberlehrer alten Stils die Abhängen von Hansi und Schulz sehr bald auf tote Geleise abziehen, und was der Reichsschulsausschuß unter Vorsitz von Heinrich Schulz geleistet hat, das konnte er sehr wohl auch unter dem Vorsitz irgendeines einseitigen wohlwollenden Bureaufürsten alten Schlages leisten. Irrend, welche stündende Worte oder hoffnungslos politische Ausläufer hat die sozialistische Schulpolitik weder, wo sie im Amt ist, noch, wo sie ihr Programm aufstellt, hervorgebracht. Mit den abgeklärten Schachworten aber, die der sozialistische Aufruf zur Berliner Elternbeiratswahl produzierte, und mit den Kommentaren, die „Freiheit“ und „Neue Freiheit“ dazu lieferten, konnte man die Zahl der elenden Anhänger wirklich nicht vermehren. Den elen oder anderen kommunikativen Kräfte, mochte man noch so notwendig bei der Menge halten und für das porübergehende Zusammenwirken mit den „Kochenden“ zu gewinnen: erhabene Erzieher, Lehrer und Eltern, auch wenn sie auf dem Boden sozialistischer Überzeugung stehen, können bei solchem Kummel nur mit Selbstüberwindung der überaus mangelhaft begründeten Parteiparole folgen. Die Reformanhänger hätten sich rechtzeitig nach Hilfen und Ideen umsehen müssen, mit denen man auch bei verantwortungsbewussten Eltern und Pädagogen eine gewisse Beachtung erlangen kann.

Aus dem Reichswirtschaftsrat.

Br. Berlin, 2. Juni. (Drahtbericht.) Der vorläufige Reichswirtschaftsrat setzte in seiner Freitagssitzung die Beratung des Gehaltswurfs zur Verlängerung der Pachtverhältnisse fort. Der sogen. Pächterschutz soll auf Grundstücke bis zur Größe von 10 Hektar ausgedehnt werden. Mit einigen

fuhr sie ihr mit einem scharfen: „Sei nicht immer so dummdreist“, über den Mund.

Eduard Brandes zog mit seinen beiden Kindern davon. „Bist du nicht Zug leimen Vadding?“ fragte er sie gönnerhaft, als er außer Luises Hörweite war. Wenn er mit den Kindern Platt sprach, bildete er sich ein, daß sie ihm dadurch seelisch näher kämen. Klein Friedleif und Anna wußten aber noch nichts von seelischen Vorgängen. Wenn Vadding betrunken war oder schlechter Laune, gingen sie ihm in weitem Bogen aus dem Wege. Er nahm dann auch keine Notiz von seiner Nachkommenschaft. Hatte er dagegen Geld und gute Laune, liebten sie ihn gärtlich, denn er war dann wirklich ein freundlicher, zum Späßen und zu Geschenken aufgelegter Vater. Ganz anders wie die Mutter, die niemals lachte und immer etwas zu tabeln fand. Vadding tabelte nie. Mit solchen Weltweisheiten ließ er sich nicht ein. Entweder tadelte er ohne nähere Erläuterungen los, oder er lachte über die Ungezogenheiten der Kinder. Was Recht und Unrecht war, sagte ihnen nur die Mutter.

Eduard Brandes ließ sein Vaterglück von der Sonne beschienen. Langsam ging er hinauf zur Oberstadt, grüßte hier leutselig, dort kollegial und ein anderes Mal in eifertiger Ehrerbietung, wenn er einen der großen Schiffsreeder erblickte. Mit mehreren von ihnen war er durch seine Frau verwandt, aber sie legten ihrerseits auf diese Verwandtschaft durchaus nicht den Nachdruck, der Herrn Brandes erwünscht gewesen wäre.

An der Borgelischen Konditorei machte er Halt und kaufte so viel Kuchen, als die drei nur zu tragen vermochten. Aber keinen ordentlichen, bäckigen Napf oder Blechkuchen, der auch etwas hergab fürs Geld, nein, lauter Krimstrams, den hungrige Kindermäuler herunterzuschlucken, ohne die erlesene Qualität zu würdigen. Sicherlich würde Luise schelten, und Herr Brandes bekam es mit dem Gewissen zu tun. Aber dann schloß ihm wieder der Ramm. Hatte er die 600 Mark in der Tasche oder seine Frau? Also hatte sie das Maul zu halten.

(B. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Eröffnung der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.